

Israel nach dem Hamas-Überfall

– Ein Update zu meinem Statement vom 15.10.2023

Manchmal ist es aufschlussreich, sich ältere Analysen / Texte nach einiger Zeit noch einmal anzusehen. War die Einschätzung damals zutreffend? Haben sich die Sorgen bewahrheitet oder kam doch alles ganz anders als vermutet? Diese Fragen stellte ich mir dieser Tage in Bezug auf die Entwicklung nach dem 7. Oktober vor zwei Jahren und der sich immer weiter zuspitzenden Situation im Gaza-Streifen.

Ich war damals für meinen Text durchaus auch gescholten worden, was ich mir anmaße, noch dazu als Deutscher, in dieser Situation nach dem Hamas-Massaker politische Ratschläge zu erteilen? Mein Text entstand jedoch aus großer Sorge heraus. Mir war bewusst, dass das Massaker vom 7. Oktober eine historische Zäsur darstellte und es auch von der Reaktion Israels abhängen würde, ob eine Perspektive für eine langfristige Befriedung in dem tief liegenden Konflikt bewahrt werden könnte oder ob durch einen Vernichtungskrieg neuer Nährboden für Hass und Terrorismus geschaffen würde. Letzteres ist nun tatsächlich geschehen nach mittlerweile zwei grausamen Jahren Gaza-Krieg mit Tod, Vertreibung, Hunger und unendlichem Leid. Hier braucht man sich keinen Illusionen hingeben und sollte sich das später auch bewusst machen, wenn weiterer Terror gegen Israelis die Region erschüttert.

Die ersten Reaktionen der israelischen Regierung waren martialisch. Emotional mag das unter dem Schock der von der Hamas begangenen Massaker nachvollziehbar gewesen sein. So kündigte der israelische Regierungschef einen „langen und grausamen Krieg“ an und sagte wörtlich: „Was wir unseren Feinden in den kommenden Tagen antun werden, wird in ihnen für Generationen nachhallen.“ Allein dieser Satz ließ Schlimmes erahnen. Und es kam schlimmer: Dieser Tage sehen wir die Bilder aus Gaza und es würde schon eine Menge Abgebrühtheit dazu gehören, vom Elend der Menschen in Palästina nicht erschüttert zu sein.

In meinem Text habe ich gemahnt, Israel brauche einen „Plan für den Tag danach“, eine politische Perspektive für ein gewaltfreies Zusammenleben von Israelis und Palästinensern, die eine Chance für die Überwindung des gegenwärtig als zwangsläufig erscheinenden Kreislaufs von Gewalt und Gegengewalt bietet. Aktuell deutet sich an, dass die Regierung Israels in Übereinkunft mit der Trump-Administration das Ziel der großflächigen Vertreibung der Palästinenser aus der Region verfolgt. „From the River to the Sea“ als israelisch annektiertes Staatsgebiet, so scheint der Traum der Ultrarechten in Israel zu sein: Vom Jordan bis zum Mittelmeer. Eine solche Vision wird weitere terroristische Aktionen hervorbringen anstatt zu einer Abkühlung des Konflikts beizutragen.

In Deutschland haben wir in den letzten zwei Jahren eine beispiellose Einschränkung des Demonstrationsrechts erlebt, wenn es um Proteste gegen die israelische Politik ging und um die Artikulation von Mitgefühl für das Leiden der Palästinenser. Demos wurden verboten oder erschwert und sie standen reflexhaft unter dem Generalverdacht des Antisemitismus.

Menschlichkeit wird hierzulande offenkundig mit zweierlei Maß gemessen. Eine humanistische Ethik und Grundhaltung sehen anders aus.

Diese Einseitigkeit hat unser Land gespalten und in eine moralische Krise gestürzt. Bei vielen Menschen blieb das Vertrauen in unseren Staat auf der Strecke. Der Vorwurf, Israel würde einen Genozid am palästinensischen Volk verüben, wurde lange Zeit kriminalisiert. Hingegen wurden gewalttätige Übergriffe von jüdischen Siedlern mit Duldung des israelischen Militärs im Westjordanland zwar verbal kritisiert, aber es blieb bei Lippenbekenntnissen ohne politische Konsequenzen.

Von grundsätzlicher Tragweite ist auch die Tatsache, dass die Ereignisse der letzten zwei Jahre wesentliche zivilisatorische Errungenschaften des 20. Jahrhunderts, wie z.B. das Völkerrecht, infrage gestellt und teilweise zerstört haben. Mit Rückendeckung oder aktiver Unterstützung der US-Regierung hat sich Israel in offener und fortgesetzter Selbstgerechtigkeit über viele Regeln hinweggesetzt. Dabei wurde das unbestrittene Recht auf Selbstverteidigung bis ins Unermessliche gedehnt. Die Angriffe auf den Iran oder Katar sind hier nur allzu offenkundige Beispiele. Dass die unabhängige Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats aktuell einen Genozid in Gaza durch die israelische Regierung festgestellt hat, scheint viele westliche Staaten, allen voran Deutschland, nicht zu interessieren. Auch die Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshof gegen Ministerpräsident Netanjahu und Verteidigungsminister Galant wegen des Verdachts von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleiben ohne konkrete Folgen. Bundeskanzler Friedrich Merz sagte Ende Februar 2025, im Falle eines Besuchs von Netanjahu würde Deutschland „Mittel und Wege finden“ den Haftbefehl zu umgehen. Damit drückt auch Deutschland seine Verachtung gegenüber dem IStGH aus, dem Deutschland im Gegensatz zu Israel und den Vereinigten Staaten jedoch angehört. Derartige „Sonderrechte“ für israelische Regierungsvertreter untergraben das Rechtsempfinden vieler Menschen.

Besonders pikant ist die Angelegenheit angesichts der moralischen Empörung, die die deutsche Regierung im Hinblick auf Russlands Angriffskrieges auf die Ukraine zelebriert – auch hier liegt seit 2023 ein Haftbefehl des IStGH vor, den man selbstverständlich auch vollstreckt wissen möchte. Aber die zunehmende Doppelmoral, mit der man geltendes Recht nur noch dann anwendet, wenn es den eigenen Überzeugungen entspricht, und andernfalls die Legitimität der Rechtsprechung grundsätzlich in Zweifel zieht, schadet der Glaubwürdigkeit politischen Handelns. Diese Doppelmoral öffnet der politischen Willkür Tür und Tor. Wer so handelt trägt zum weiteren Verfall einer regelbasierten Weltordnung bei. Und in dieser Entwicklung stecken wir bereits mitten drin – Trump & Co lassen grüßen.

Albert Herresthal am 24.9.2025